Beilage 1168

(Vergl. Beilagen 1132, 1148.)

Beschluß.

Der Bayerische Landtag
an die

Bayerische Staatsregierung.

Der Landtag hat über den

Entwurf eines Gesetzes zur Sicherung der Brennstoffversorgung und zur Förderung der Braunkohlenwirtschaft (Zweites Gesetz zur Durchführung des Art. 160 der Bayerischen Verfassung) —
Beilage 1132 —

in seiner heutigen öffentlichen Sitzung Beratung gepflogen und beschlossen:

1. in Art. 6 Abs. 3 vierte Zeile das Wort „Staatsgerichtshofes“ durch „Verfassungsgerichtshofes“ zu ersetzen;
2. Art. 7 Abs. 1 folgende Fassung zu geben:
Dieses Gesetz tritt am 10. März 1948 in Kraft; es tritt mit Ablauf des 31. Dezember 1949 außer Kraft;
3. im übrigen dem Gesetz in der Fassung der Beilage 1132 unverändert zuzustimmen.

München, den 3. März 1948.

Der Präsident:
(gez.) Hagen.

Der I. Schriftführer:
(gez.) Zita Zehner.

Beilage 1169

Mündlicher Bericht

des
Aus schusses für den Staatshaushalt
zum

Entwurf eines Gesetzes über die Rückübertragung der Gewerbesteuer auf die Gemeinden.

(Beilage 1142.)

Berichterstatter: Dr. Loph.

Antrag des Ausschusses:

Der Landtag wolle beschließen,

1. § 7 folgende Fassung zu geben:

Eine Erhöhung der Gewerbesteuerhebefüße für das Rechnungsjahr 1948 ist nur zulässig, wenn sie durch die Finanzlage einer Gemeinde unabweislich geboten ist.

2. § 10 lautet wie folgt:

Dieses Gesetz ist dringlich. Es tritt mit Wirkung vom 1. Januar 1948 in Kraft.

3. im übrigen dem Entwurf unverändert zuzustimmen.

München, den 4. März 1948.

Der Präsident:
Dr. Horlacher.

Beilage 1170

Mündlicher Bericht

des
Aus schusses für Verfassungsfragen
zum

Entwurf eines Gesetzes über die Verlängerung der Fristen des Fideikommiß- und Stiftungsrechts.

(Beilage 1076.)

Berichterstatter: Dr. Dehler.

Antrag des Ausschusses:

Der Landtag wolle beschließen,

1. folgenden neuen § 3 einzusetzen:
Die aus dem Gesetz zur Beschaffung von Siedlungsland und Bodenreform (GSB.) vom 18. September 1946 (GSBl. S. 326) und den dazu ergangenen Ausführungsbestimmungen sich ergebende Pflicht zur Veräußerung von land- und forstwirtschaftlichen Grundstücken wird durch dieses Gesetz nicht berührt. Der bisherige § 3 wird dadurch § 4;
2. im übrigen dem Gesetzentwurf unverändert zuzustimmen.

München, den 9. März 1948.

Der Präsident:
Dr. Horlacher.